



Politik ist nie „alternativlos“ - am 22. September wählen gehen!			
Beratungsfolge:			
Gremium	Datum	Berichterstattung	Status
Senat	17.07.2013	Herr Rostek	öffentlich
Vorlagen-Nr.: 2013/0466			
Zuständig: Gruppe der Studierenden des Senats			
Vorlagenersteller/in: Herr Jörg Rostek			
Erstellungsdatum: 09.07.2013			

Anlagenverzeichnis:

Senatsantrag: Politik ist nie „alternativlos“ - am 22. September wählen gehen!

Antrag an den Senat der Universität Münster

Politik ist nie „alternativlos“ - am 22. September wählen gehen!

Antragsteller: Jörg Rostek

Datum: 25.06.13

Antrag: Der Senat der Universität Münster möge beschließen: das Rektorat wird aufgefordert, die Studierenden der Universität Münster in geeigneter Weise zur Bundestagswahl am 22. September 2013 aufzurufen. Um möglichst alle Studierenden zu erreichen, sollen unter anderem der Massenmailverteiler und universitätsweite Plakataushänge eingesetzt werden. Die Uni Münster soll die Studierenden dabei nicht nur von der Bedeutung demokratischer Wahlen überzeugen, sondern auch ausdrücklich auf die Möglichkeit der Briefwahl hinweisen.

Begründung: Die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die am 22. September 2013 an der Bundestagswahl teilnehmen wollen, sinkt. Hauptursache dafür ist, so eine aktuelle Studie, das wachsende Desinteresse an den Wahlen und Vorbehalte gegenüber den zentralen Akteurinnen des repräsentativen politischen Systems, den Parteien. Vor allem ErstwählerInnen, also junge Wahlberechtigte, wählen zunehmend das Nicht-Wählen und überlassen es so anderen, die Vertreterinnen und Vertreter im Bundestag zu bestimmen.

Da die Vorlesungszeit am 19.07.13 endet, fallen der Wahlkampf und die Wahl in die vorlesungsfreie Zeit. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass sich zahlreiche Studierende nicht in der Nähe ihres zuständigen Wahllokals befinden. Damit könnte die Wahlbeteiligung der Studierenden nicht nur in Münster, sondern auch bundesweit, noch weiter sinken. Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass die Uni Münster in ihrem Aufruf nicht nur auf die Bedeutung von Wahlen im Allgemeinen hinweist, sondern insbesondere dazu ermuntert, die Möglichkeit der Briefwahl zu nutzen.

Nichts motiviert so sehr zur politischen Aktivität wie ein politisch interessiertes Umfeld. Vor allem den Hochschulen sollte daran gelegen sein, dass auch die verschiedenen Positionen in der Bildungs- und Hochschulpolitik im Bundestagswahlkampf diskutiert werden. Die politischen Inhalte und die politischen Ideen der zur Wahl stehenden Parteien unterscheiden sich grundlegend. Von A wie Antidiskriminierung und Arbeitsmarkt bis Z wie Zivilgesellschaft und Zuwanderung; die Frage, wie die Zukunft gestaltet werden soll, ist keineswegs „alternativlos“:

Rückfragen bitte an Jörg Rostek, Tel.: 0172-586 83 64, rostek.j@gmx.de